

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pulsnitz: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwanngsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnberg, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Hlmenndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. R. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 130

Mittwoch, den 6. Juni 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Stockholzversteigerung

Forstrevier Langebrück (Röhrenb. Tell.)

Sonnabend, den 9. Juni, nachm. 3 Uhr kommt, das Stockholz in Abt. 4 und in 5

in 29 Parzellen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung an Ort und Stelle zur Versteigerung. Zusammenkunft in Abt. 5.

Forstamt Langebrück, den 6. Juni 1928.

Das Wichtigste

Der bisher größte Dzeanflug, der Flug über den Stillen Dzean, ist gelungen.
Nach einer amtlichen Mitteilung aus London stehen über dem Flugplatz Upa zwei Kampfflieger zusammen. Die beiden Flugzeuge stürzten ab. Die Führer waren sofort tot.
Wie aus Leningrad gemeldet wird, ist im Auftrage der russischen Regierung der Dampfer „Perseus“ zur Rettung der „Italia“ in das nördliche Eismeer ausgelaufen. Die Sowjetregierung hat außerdem drei großen Eisbrecher Befehl erteilt, sich zur Hilfeleistung für die „Italia“ vorzubereiten.
Nehow-Holm hat am Dienstag nachmittags einen vierstündigen Erkundungsflug unternommen, hat aber keine Spur von dem Luftschiff finden können.
Der bisherige Präsident der französischen Kammer, Bouillon, wurde mit 327 Stimmen wiedergewählt. Auf seinen Gegenkandidaten Franklin Bouillon entfielen 243 Stimmen.
Der Start des Flugzeuges „Freundschaft“ zum Fluge von Trepassey nach Europa hat sich infolge Versagens des Brennstoffbehälters verzögert.
Die brasilianische Kammer hatte einen Gesetzentwurf, der den Frauen das Wahlrecht in Brasilien gewährt, angenommen. Nach langen und hitzigen Debatten hat nun der Senat das Frauenwahlrecht endgültig abgelehnt.
Der Innenminister von Kolumbien Vargasola verlangte von der Kammer außerordentliche Vollmachten, um mit den von Moskau unterstützten Kommunistenorganisationen aufzuräumen. Die Ruhe im Lande sei ernstlich bedroht. Das Parlament gewährte dem Minister die geforderten Vollmachten.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

(Aus dem Gemeinsamen Ministerialblatt) Das Gemeinsame Ministerialblatt Nr. 11 vom 2. 6. enthält Bekanntmachungen über die Einreichung vereinfachter Belege über den Steuerabzug vom Arbeitslohn für das Kalenderjahr 1928, über besondere Bauherstellungen in Dienst- und Mietwohnungen, über zu gewährenden Urlaub zum Deutschen Sängertag und zum Deutschen Turnfest, sowie über die Ergebnisse der vora. Prüfungsamt für den mittleren Verwaltungsdienst beim Ministerium des Innern in der Zeit von Januar bis mit Mai 1928 abgehaltenen Prüfungen.
(Die Haftung des Hausverwalters für die Treppenbeleuchtung.) Nach vielen städtischen Polizeiverordnungen sind Treppen und Hausflure der Miethäuser vom Eintritt der Dunkelheit ab bis 9 Uhr abends zu beleuchten, und zwar sind dafür verantwortlich die Hauseigentümer, Verwalter, Wisewirte usw. ohne Rücksicht darauf, ob von ihnen andere Personen mit der Ausführung der Beleuchtung beauftragt wurden. In einem Falle war der Verwalter verklagt worden, weil an Winterabenden die Treppen der oberen Geschosse der seiner Verwaltung unterstellten Häuser nicht beleuchtet gewesen waren. Der Beklagte hatte eingewandt, daß die Mieter der oberen Geschosse deren Beleuchtung durch Petroleumlampen — in dem Erdgeschosse der betreffenden Häuser war elektrische Beleuchtung — in den Mietverträgen übernommen hätten. Die Mieter hätten aber trotz seiner wiederholten Aufforderung dies ihre Pflicht nicht erfüllt. Das Preussische Kammergericht verurteilte jedoch den Hausverwalter wegen Uebertretung der betreffenden Polizeiverordnung, indem es ausführte, er mußte sich nicht wochenlang auf die Unstimmung der städtischen Mieter versteifen, sondern selbst für die fehlende Beleuchtung sorgen. (Kammergericht 1. S. 842.27).
(Der Tod und der fehlende Paragraph.) In einige Verlegenheit wurde der Wahlausschuß des Reichstagswahlkreises Ostfriesland durch S. M. den Tod veretzt. Kein Paragraph des Wahlgesetzes und der Ausführungsbestimmungen sieht das Erscheinen dieses allmächtigen Herrn vor, der sich in so souveräner Mißachtung aller Paragraphen erlaubt hatte, kurz vor dem 20. Mai den Spitzenkandidaten der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze abzuverufen. Heinzes Name aber blieb auf der Kandidatenliste stehen, wohl weil sich seine Partei noch eine Zugkraft davon versprach. Dr. Heinze wurde wiedergewählt, aber er war tot. Kam ein toter Kan-

Einberufung des neuen Parlaments

Eröffnung des Reichstages am 15. Juni

Die Befehung Pekings — Mussolinirede im französischen Senat; Italien und Deutschland — Die Reichsregierung hat den Antrag der Reichsbahn auf Tarifierhöhung abgelehnt

Berlin. Der neue Reichstag ist nunmehr endgültig auf Mittwoch, den 13. Juni, einberufen worden. Das Einberufungsschreiben des Präsidenten Löbe hat folgenden Wortlaut: „Auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Mittwoch, dem 13. Juni 1928, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.“

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei ist am Dienstag vormittag im Reichstage zusammengetreten, um die politische Lage zu besprechen.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Crelenz, hat den demokratischen Parteivorstand für Donnerstag, den 14. Juni, einberufen. Die Tagesordnung sieht eine Besprechung der Lage nach den Reichstagswahlen vor. Zu diesem Thema wird Parteiführer Reichstagsabgeordneter Koch-Weser sprechen.

80 000 Nordtruppen zur chinesischen Südarmerie übergegangen.

Totia. Sämtliche außerhalb der Mandschurei stehenden Nordtruppen sind am Dienstag zur Südarmerie übergegangen, es handelt sich um insgesamt 80 000 Mann. Der Bürgerkrieg hat damit eigentlich auf chinesischem Boden einen unblutigen Abschluß gefunden. Die übergegangenen Truppen werden in die Etappe gebracht.

Die Befehung Pekings

Wie aus Tientsin gemeldet wird, hat die Kavallerie des General Jen am Dienstag das Chinesenviertel Pekings besetzt. General Jen wird mit seinem Gefolge in allerletzter Zeit in Peking erwartet. Die Schiffsbesatzungen sind von Truppen besetzt worden, um sie vor Plünderungen zu schützen. Der Vertreter des Generals Feng hat der japanischen Gesandtschaft die Befehung der Stadt schriftlich mitgeteilt. Die Japaner legten dem Einmarsch der Südtruppen keinen Widerstand entgegen. Die Gärten der österreichischen und russischen Gesandtschaften sind von den japanischen Truppen geräumt worden.

Mussolinirede im römischen Senat

Italien und Deutschland

Mussolini ergriff gestern im Senat das Wort zu einer längeren Rede. Schon lange vor Beginn der Sitzung waren die Zuschauertribünen und die Diplomatenlogen dicht besetzt. Zu Beginn der Sitzung wies ein Senator die antitalienischen Kundgebungen in Südschweden und die Jungsbrüder Studentenunruhe zurück. Im Anschluß daran sprach Mussolini. Er behandelte zunächst ausführlich die Beziehungen Italiens zu den verschiedenen Staaten und kam dann auf die Fragen der Abrüstung, der Reparationen sowie des Völkerbundes zu sprechen. Ueber die Beziehungen Italiens zu Deutschland sagte Mussolini wörtlich: „Die Beziehungen zu Deutschland sind herzlich. Es besteht ein Handelsvertrag, dessen Bedeutung nicht genügend bewertet werden konnte, zu einer Zeit, da die italienische Valuta noch nicht stabil war, es besteht ferner ein Schiedsgerichtsvertrag, der im Dezember 1926 für die Dauer von 10 Jahren unterzeichnet wurde. Wenn man von den Beziehungen, die zwischen den Völkern bestehen, zu den nicht weniger bestimmten Beziehungen der Völker übergeht, so ist die Feststellung notwendig, daß die Beziehungen zwischen den beiden Völkern, dem italienischen und dem deutschen Volk, viel besser sein könnten, wenn die natürlichen Sympathien nicht geschwächt worden wären durch die Tätigkeit jener unverantwortlichen Kräfte, die den absurden Anspruch erhoben haben, in Fragen der inneren Politik Italiens einzugreifen. Wenn dieser Nebel, wie ausdrücklich gewünscht wird, vom Horizont verschwindet, dann wird die Zusammenarbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen beiden Völkern große Ergebnisse zeitigen. Ich füge hinzu, daß sich die Beziehungen zwischen Italien und Deutschland in den letzten Monaten wesentlich gebessert haben.“

Der Antrag auf Tarifierhöhung der Reichsbahn abgelehnt

Berlin, 5. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat den Antrag der Reichsbahngesellschaft auf Tarifierhöhung in wiederholten eingehenden Beratungen einer gründlichen Prüfung unter-

zogen. Sie hat insbesondere auch die Antwort der Reichsbahn auf ihre Klagen vom 21. v. M. ernstlich gewürdigt.

Wenn die Reichsregierung auch nicht verkennt, daß die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft eine gewisse Spannung zeigt, so hat sie doch aus den Unterlagen nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die beantragte Erhöhung der Personen- und Gütertarife sich bereits jetzt als unumgänglich notwendig erweist. Die Entwicklung der für die Entscheidung maßgebenden Verhältnisse im laufenden Geschäftsjahre ist nach ihrer Ansicht noch nicht genügend zu übersehen, um zu einer Maßnahme zu greifen, die gegenüber der Allgemeinheit beim Vorliegen eines äußersten Notstandes vertreten werden kann.

Stegerwald über die Stellung des Zentrums zur Regierungsbildung.

Wien. Der Führer der christlichen Gewerkschaften, der Zentrumsabgeordnete Stegerwald, gewährte einem Vertreter der österreichischen Christlich-sozialen Nachrichtenzentrale eine Unterredung, in deren Verlauf er sich u. a. über die gegenwärtige politische Lage im Reich und über die Haltung des Zentrums in der nächsten Zeit folgendermaßen äußerte:

„Der Zentrumspartei fällt es gar nicht ein, eine Koalition mitzumachen, in der sie als ein Anhängel der Sozialdemokratie erscheinen müßte. Der Zentrumspartei wäre es ganz erwünscht, wenn vielmehr jene Parteien, die die Ursache zur Auflösung des letzten Reichstages waren, die das Schulgesetz zu Fall gebracht haben, auch einmal zeigen würden, daß sie eine positive Außen- und Innenpolitik zu machen verstehen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sozialdemokraten sich mit voller Verantwortung an der Regierung beteiligen müssen, andernfalls hat der Wahlkampf jeden Sinn verloren. Ob sich das Zentrum überhaupt an der Koalition beteiligen wird, hängt davon ab, welches Arbeitsprogramm die Sozialdemokraten den anderen Parteien unterbreiten werden, und daneben von der gesamten Zusammensetzung des Kabinetts.“

Der oberschlesische Schulkonflikt in Genf zurückgestellt.

Genf. Der Völkerbundrat erlebte am Dienstag eine große Minderheitsdebatte, die weit über die eigentlichen Fragen hinausging, um derenwillen sie auf die Tagesordnung gestellt worden ist. Die Grundlage bildete eine doppelte Klage Albaniens gegen Griechenland. Der albanische Delegierte beklagte die Bergewaldung der Albaner in Griechenland, deren Güter ohne Entschädigung enteignet würden. Die albanische Staatsbürgererschaft werde von den Griechen verleugnet. Albanien bestreite das Recht der Staaten zur Enteignung von Ausländern ohne Entschädigung. Der griechische Delegierte Politis erklärte die albanische Klage als nicht annehmbar. Politis nannte das Verhalten der albanischen Regierung arrogant und provokatorisch, das gegenwärtige albanische Vorgehen inkorrekt. Der vorläufige Beschluß des Völkerbundrats ging dahin, der Vertreter Polens Jaleski sollte in den nächsten Tagen einen Bericht über die Angelegenheit ausarbeiten und dem Völkerbundrat vorlegen.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete

Der oberschlesische Schulkonflikt.

Es liegen fünf Klagen des deutschen Volksbundes wegen Minderheitschulen vor, dann verschiedene Klagen wegen polnischer Einmischung in den Schulbetrieb der Minderheitschulen und schließlich drei Klagen über die Unsicherheit für die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Die polnische Retortutafel lautete auf Unsicherheit für die Polen in Deutsch-Oberschlesien. Berichterstatter Urrutia-Columbien legte einen fünf Seiten langen Bericht über die Schulfrage vor, erklärte die Angelegenheit aber für sehr schwierig und verlangte die Zuweisung von zwei Kollegen (Holland und Italien), um noch in dieser Sitzung Bericht zu erstatten.